

Auer Tageblatt

Schreibungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen für den Postkasten entgegen. — Erhalten wertig. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Abendausgabe des Anzeigers für das Erzgebirge Nr. 233, 24 Pfennige, am Sonntag 25 Pfennige, am Montag 26 Pfennige, am Dienstag 27 Pfennige, am Mittwoch 28 Pfennige, am Donnerstag 29 Pfennige, am Freitag 30 Pfennige, am Samstag 31 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 233

Mittwoch, den 5. Oktober 1927

22. Jahrgang

Die erlassenen Amnestien.

Mehrere Tausend begnadigt. Darunter neunzehntel Vintzradikale.

Berlin, 4. Okt. Eine Liste der begnadigten Personen bekanntzugeben, beabsichtigt das Reichsjustizministerium, wie den Blättern mitgeteilt wird, nicht. Auch die Bundespräsidenten eine solche Absicht nicht haben. Es handelt sich um viele Tausende. Eine Reihe von Eingaben aus dem Kreise der von der Amnestie Betroffenen bitten, ihre Namen nicht zu nennen. Ueber Umfang und Art der Gnadenbeweise kann gesagt werden, daß die Amnestie keineswegs einseitig nach rechts sich

erstreckt. Neun Zehntel aller Begnadigten sind radikal links gerichtete Personen, darunter sind solche, die mit Zuchthausstrafen für Sprengstoffdelikte belegt wurden, wobei erhebliche Reststrafen erlassen werden. Ferner kommen eine Reihe von Fälle sogenannten literarischen Hochverrats in Frage. Auch hier sind Strafermächtigungen und Straferlass von Resten zu verzeichnen. Wie bekannt, fällt der Fall Hötz und die Personen, die am Rathenau-Mord beteiligt sind, nicht unter die Amnestie.

Eine Aktion der polnischen Behörden gegen die Beschwerde der deutschen Gutsbesitzer beim Völkerbund.

Warschau, 4. Okt. (Vom Privatkorrespondenten des VTB.) In den letzten Tagen des September wurden in sämtlichen Kreisen der Wojewodschaften Posen und Pomerellen die deutschen Gutsbesitzer in die Starosten berufen. Hier wurden von den Starosten oder ihren Vertretern versucht, von den deutschen Gutsbesitzern eine schriftliche Erklärung zu erlangen, daß sie mit der Beschwerde an den Völkerbund betreffend einseitiger Belastung des deutschen Grundbesitzes durch die polnische Agrarreform, die im Namen der deutschen Gutsbesitzer von den Herren v. Blücher und Rodenacker eingereicht worden ist, nichts zu tun haben. Dabei wurde festgestellt, daß die betreffenden Starosten auf Grund einer Verfügung handelten, die folgenden Wortlaut trug:

„Da die Herren v. Blücher und Rodenacker im Sekretariat des Völkerbundes eine Beschwerde wegen einseitiger Belastung des deutschen Grundbesitzes durch die polnische Agrarreform eingereicht haben, werden Sie beauftragt, sich darum zu bemühen, daß

Sie womöglich eine schriftliche Erklärung von jedem der Herren erzielen, daß er keine der oben erwähnten Personen ermächtigt habe, in seinem Namen vor dem Forum des Völkerbundes aufzutreten. Eine eventuell erlangte entsprechende Erklärung ist sofort der Wojewodschaftsbehörde einzufenden.“

Der Vorsitzende der deutschen Vereinigung, Abgeordneter Raumann, hat an den polnischen Innenminister einen Brief gerichtet, worin er ersucht, daß die Wojewoden von Posen und Pomerellen angewiesen werden, bei den Starosten die sofortige Einstellung der Befragungsaktion zu verfügen.

Die polnischen Militärlieger freigelassen.

Berlin, 4. Okt. Die beiden polnischen Militärlieger, die bei Hindenburg landeten, sind, wie den Blättern mitgeteilt wird, freigelassen worden, nachdem sich herausgestellt hatte, daß sie sich nur verpflogen hatten.

Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Länder.

Besoldungsreform und Steuerrahmengesetz im Vordergrund.

Reichsbesoldungsordnung und Länder

Berlin, 4. Okt. Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des preussischen Finanzministers in den Räumen des preussischen Finanzministeriums eine Konferenz der Länder statt, die sich mit der Besoldungsreform und vornehmlich mit der Deckung der durch sie den Ländern entstehenden Kosten beschäftigte. Vertreter fast aller Länder waren anwesend, die ihre Berechnungen der erheblichen Mehrkosten vorlegten und übereinstimmend forderten, daß das Reich nach Vorlage der neuen Besoldungsordnung nun auch die Pflicht habe, die Länder bei der Ausfüllung der Kosten hinreichend zu unterstützen.

Berlin, 3. Okt. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand heute nachmittag in der Reichskanzlei eine eingehende Aussprache der Mitglieder der Reichsregierung mit den in Berlin anwesenden Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen Länder über eine Anzahl der bedeutendsten schwebenden politischen Probleme statt. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, die eben beginnenden Beratungen des Reichstages über das Schulgesetz, die Besoldungsreform und das Liquidationshaftungsgesetz allseitig so zu fördern, daß die entsprechenden Verhandlungen des Reichstages, wie beabsichtigt, am 17. d. M. beginnen können. Die weitere Beratung mit den Vertretern der Länder führte zu einer grundsätzlichen Erörterung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Angesichts der großen und geradezu ausschlaggebenden Bedeutung dieses Problems wurde eine Sonderberatung von Vertretern der Reichsregierung und der Länderregierungen in Aussicht genommen. Als Beratung auf dieser Sonderberatung soll durch Referate und Korreferate eingeleitet werden. In der Einzelberatung standen schließlich die Besoldungsreform und das Steuerrahmengesetz im Vordergrund der Erörterungen. Die eingehende Aussprache diente der gegenseitigen Orientierung über die verschiedenen Auffassungen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

In Ergänzung zu dem Bericht des VTB. über die gestrige Aussprache von Mitgliedern der Reichsregierung mit den in Berlin anwesenden Chefs der Länderregierungen erzählt der „Volkswacht“, daß die Inaussichtnahme einer Sonderberatung von Vertretern der Reichsregierung und der Länderregierungen mit besonderer Rücksicht auf die Besoldungsreform erfolgt sei. Eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen Reich und Ländern sei in mancherlei Gestalt denkbar; sie könne durch eine Verfassungsänderung oder aber durch eine Änderung des Finanzausgleiches vorgenommen werden. Was die Besoldungsreform anbetrifft, so vertreten nach wie vor die Länder den Standpunkt, daß sie bei Durchführung der Reform vom Reich unterstützt werden müßten. In der gestrigen Besprechung soll sich nach dem oben zitierten Blatt die allgemeine Ueberzeugung ergeben haben, daß den Ländern doch irgendwie geholfen werden müsse. Weitere Beratungen würden bereits heute in einer neuen Konferenz beginnen, zu der der preussische Finanzminister die Finanzminister der anderen Länder eingeladen habe. Hinsichtlich des Steuervereinheitlichungsgesetzes wird im „Volkswacht“ bemerkt, daß es voraussichtlich nicht so rasch werde erledigt werden können. Wegen des Gesetzes lägen vor allem schwere grundsätzliche Bedenken der süddeutschen Länder vor. Nach dem „Berliner Tageblatt“ kommen diese Bedenken von bayerischer Seite. Das Liquidationshaftungsgesetz hingegen dürfte im Reichsrat wahrscheinlich eine große Mehrheit auf dem Boden der Regierungsvorlage finden. Von Bedenken des Reparationsagenten gegen das Gesetz ist laut „Volkswacht Zeitung“ den zuständigen Stellen nichts bekannt.

Einberufung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 4. Okt. Die Fraktion der SPD. ist zu ihrer ersten Sitzung nach den Sommerferien auf Freitag, den 7. Oktober, einberufen worden. Tagesordnung: Stellungnahme zum Reichsschulgesetz.

Reichspräsident von Hindenburg an das deutsche Volk.

Berlin, 3. Okt. Reichspräsident von Hindenburg läßt folgenden Erlaß bekanntgeben:

„An das deutsche Volk!“

Aus dem ganzen Vaterlande, von Angehörigen aller Schichten des deutschen Volkes und von zahlreichen Deutschen jenseits unserer Grenzen, die sich mit der alten Heimat in diesen Tagen besonders verbunden fühlten, sind mir zu meinem 80. Geburtstag viele Tausende von Glückwünschen und Zeichen treuer Gesinnung beschieden worden. Meinem Geburtstagswunsche, durch Beschaffung neuer Mittel die große Dankeschuld abtragen zu helfen, die wir alle den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gegenüber tragen, ist durch die aus allen Kreisen unseres Volkes und von den Deutschen im Auslande bereitwillig gegebenen Beiträge zur Hindenburgspende in herzerfreuender Weise Rechnung getragen worden; der schöne Ertrag dieser Sammlungen wird dazu helfen, manche Not unter den Opfern des Krieges zu lindern.

Gern würde ich allen, die sich so in Wünschen und Gaben zusammenfanden, einzeln danken, aber die große Fülle dieser Geburtstagsgrüße macht es mir unmöglich. Mir bleibt daher nur übrig, allen, die am gestrigen Tage dem Gefühl der Verbundenheit mit mir und meinem Streben für das Vaterland so gültigen Ausdruck verliehen haben, auf diesem Wege meine herzlichste Dankbarkeit zu versichern und ihnen zu sagen, daß mich ihr Gedenken tief gerührt und herzlich erfreut hat. Mit gleichem Empfinden habe ich die Begrüßung entgegen genommen, die mir gestern bei meiner Fahrt durch die Straßen Berlins von der Studentenschaft, den kameradschaftlichen Verbänden und den übrigen Organisationen und Vereinen sowie von den vielen Tausenden meiner Mitbürger zuteil wurde. In besonderer Erinnerung werde ich die so eindrucksvolle Sublimation behalten, die mir die deutsche Jugend, der unsere Arbeit und unser Hoffen gilt, im Stadion in so herzlicher Weise darbrachte.

Ihnen allen gilt mein inniger Dank!

In diesen verschiedenen Kundgebungen sehe ich nicht nur die Ehrung meiner Person, sondern das gemeinsame Bekenntnis zum Vaterland, zur Gemeinschaft des deutschen Volkes, das trotz aller Not und Sorge des Tages hier freudigen Ausdruck fand. Das erfüllt mich mit besonderer Befriedigung und stärkt in mir die Hoffnung, daß das Streben nach Einigkeit und Zusammenschluß den Kampf der Meinungen und den Widerstreit der Interessen in unserem Volke überwinden wird. Möge ein jeder, der gestern meiner in Worten und Grüßen gedacht hat, an seiner Stelle an diesem Werke der Einigung mitarbeiten und zur Erreichung dieses großen Zieles, in dem unsere Zukunft liegt, mit helfen!

Berlin, den 3. Oktober 1927.

(ges.) v. Hindenburg, Reichspräsident.“

Anerkennungsschreiben Hindenburgs an den Polizeipräsidenten.

Berlin, 3. Okt. Der Reichspräsident hat an den Polizeipräsidenten von Berlin ein Schreiben gerichtet, in dem er dem Kommando wie den Polizeioffizieren und Polizeimannschaften seine aufrichtige Anerkennung und seinen herzlichsten Dank für ihre besondere Mühe und Verdienste am gestrigen Tage ausdrückt.

Norwegen grüßt Hindenburg durch Radio.

Der norwegische Sender von Oslo hatte am Sonntagabend 8 Uhr sein Konzert unterbrochen und der Sprecher übermittelte in deutscher Sprache Hindenburg die herzlichsten Glückwünsche des norwegischen Volkes und sprach den Wunsch aus, daß Deutschland wieder hochkommen möge; dann sang er die deutsche Nationalhymne.

Die ameikanische Presse über die Hindenburgfeiern in Berlin.

Washington, 3. Okt. Die Zeitungen bringen ausführliche Beschreibungen der Hindenburgfeiern in Berlin. Alle Schilderungen sind außerordentlich freundlich und voll Bewunderung für die große Liebe, die der Reichspräsident im deutschen Volke genießt, und die den Parteihader vollkommen habe vergessen lassen. Die Zusammenkünfte zwischen Staßhelm und dem roten Frontkämpferbund werden kurz erwähnt. „Baltimore Sun“ nimmt auf den Teil der Beschreibungen, der von dem starken Auftreten alter militärischer Uniformen berichtet, Bezug und erklärt, es sei nur natürlich, daß die